

Soziologische Grundbildung für die Schule!

Göttinger Aufruf der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Die gegenwärtige Bildungspolitik vernachlässigt die gesellschaftliche Kompetenz der jungen Generation. Sie verdrängt soziologische Inhalte aus den Bildungsplänen und aus der Lehrer-/Lehrerinnenausbildung. Damit wird sie ihrer Verantwortung für die Bildung junger Menschen und für die Gesellschaft, in der diese leben und leben werden, immer weniger gerecht. Die Soziologie untersucht die Voraussetzungen, Abläufe und Folgen des Zusammenlebens von Menschen. Sie hilft, sowohl das gemeinsame Alltagsleben zu verstehen als auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge, in die es eingebettet ist. Wer nicht verstehen gelernt hat, was Gesellschaften insgesamt und die konkreten täglichen Situationen, in denen wir handeln, prägt, zerlegt oder zusammenhält, stabilisiert oder verändert, der macht sich nur ein sehr unzureichendes Bild vom sozialen Zusammenleben etwa in Familien, Peergroups, in sozialen Medien, am Arbeitsplatz und in den Schulen. Nur eine soziologisch fundierte gesellschaftliche Bildung in der Schule kann die entsprechenden Kenntnisse über und für das Handeln in allen Teilbereichen von Gesellschaft vermitteln. Soziologisches Wissen ermöglicht zudem ein erweitertes Verständnis abstrakter Handlungsbereiche wie Politik und Wirtschaft. Denn Politik und Wirtschaft sind auf gesellschaftliche Voraussetzungen angewiesen, die sie selbst nicht schaffen können. Dazu gehören Werte und Normen, Vertrauen und Kooperation, Tradition und Innovation. Wer Strukturen und Prozesse komplexer Gesellschaften und Merkmale und Dynamiken sozialen Handelns nicht kennen gelernt hat, lässt sich leichter für verkürzte Welterklärungen und einseitige Vorstellungen von Gesellschaft vereinnahmen. Das birgt nicht nur soziale, sondern auch politische und ökonomische Risiken.

Junge Menschen brauchen eine fundierte soziologische Bildung. Diese greift das Grunderleben von Unübersichtlichkeit der gegenwärtigen Gesellschaft auf, das Kinder und Jugendliche in besonderem Maße betrifft. Sie erfahren die Komplexität und Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Zusammenhänge und sorgen sich angesichts der umfassenden Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft und ihres eigenen Lebens. Sie sehen sich mit vielfältigen und widersprüchlichen Herausforderungen des Zusammenlebens in heterogenen, vernetzten Gesellschaften konfrontiert, die sich rasch und oft überraschend wandeln. Zugleich erwartet man von ihnen, dass sie sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen und

tragfähige Entscheidungen für ihr eigenes Leben treffen. Um diesen Herausforderungen souverän und verantwortlich begegnen zu können, ist soziologische Bildung unerlässlich, sie eröffnet neue Perspektiven und alternative Handlungsoptionen.

Vor diesem Hintergrund haben Schüler/-innen-Vertretungen in Deutschland und Europa seit Jahren einen Ausbau der gesellschaftlichen Bildung gefordert. Es wird Zeit, dass die Bildungspolitik dieses gesellschaftliche Orientierungsbedürfnis der Lernenden endlich erstnimmt und in Lehrer-/Lehrerinnenausbildung, Studententafeln und Lehrplänen verbindlich umsetzt.

Allgemeine und berufliche Schulen sind ein idealer Ort für eine angemessene, soziologisch fundierte gesellschaftliche Bildung, in der Wissen über Prozesse des alltäglichen Miteinander, des Aufbaus von personaler und sozialer Identität, des Fremdseins und des Dazugehörens, der Gruppendynamiken, des Zusammenlebens in Gesellschaft auf lokaler, nationaler und globaler Ebene erworben und die Sozialität des Lebens reflektiert werden kann. Schulen sind oft der einzige und prägende Ort, an dem Kinder und Jugendliche aus potenziell allen gesellschaftlichen Gruppen zusammenkommen und gemeinsam darüber nachdenken können, in welcher Gesellschaft sie leben, wie die Gesellschaft aussehen soll, in der sie leben wollen, und was sie tun können, damit sich die Gesellschaft in ihrem Sinne ändert.

Deshalb ist eine grundständige Verankerung soziologischer Inhalte, Theorien und Methoden in der gesellschaftlichen Bildung in den Schulen und in der Lehrer-/Lehrerinnenausbildung geboten. Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern kann die Soziologie Theorien und Methoden an die Hand geben, um ihr eigenes Handeln in den unterschiedlichsten Situationen, in der Schule und anderen alltäglichen Lebenswelten zu analysieren, zu hinterfragen und damit reflektieren zu können.

Gesellschaft gehört zu den Grundthemen jeder Allgemeinbildung. Mit Blick auf die Zukunft der nachwachsenden Generationen wäre es unverantwortlich, die gegenwärtige Vernachlässigung gesellschaftlicher Themen und soziologischen Wissens in den Schulen fortzuschreiben. Wir fordern Parteien, Parlamente und Ministerien auf, unverzüglich und nachhaltig dafür zu sorgen, dass Lehrerinnen und Lehrer einerseits, junge Menschen in den Schulen andererseits das soziologische Wissen und Können erwerben, das sie für Orientierung, Verständigung und Handeln in der vielfältigen, unübersichtlichen, dynamischen und konflikträchtigen Gesellschaft unserer Gegenwart benötigen. Wir stehen für konstruktive Mitarbeit bereit.

24. September 2018

Master Degrees in Gender Studies, Hungary

Statement of the German Sociological Association

As has been widely reported in international media, and as we have been informed by colleagues from the scientific community in Hungary, on October 12, 2018, the Hungarian Government removed the two Master degrees in Gender Studies from the list of accredited subjects in Hungary. This happened without any professional review, without further public statement or explanation.

Gender Studies are an internationally valued field of research and academic excellence. Both MA programs at CEU and ELTE in Hungary have a solid record of educating outstanding scholars and professionals. They are both part of an international scientific community, including Eastern and Western Europe, North America, and further regions. In the face of political moves such as this recent decision that mischaracterizes and attempts to undermine the academic legitimacy of Gender Studies, we stress that the concept of gender, as a fundamental component of the human experience, has proven its importance in and across many areas of academic research and teaching for effectively addressing the complex and fundamental questions of selfhood and social relations. Gender is part of the production of knowledge that we all face every day. In this light, Gender Studies focus on dimensions such as families, history, tradition, innovation, bodies, power, politics, labor, care etc. In sum: Gender Studies are a legitimate and important field of academic scholarship. And, as such, it is on the scientific community to decide about its excellence and legitimacy.

We, the German Sociological Association, hereby express our deepest concern and vehement opposition to such a flagrant and forceful imposing of restrictions to academic research and teaching. The measure in question represents an unprecedented annulment of an entire academic field in Hungary, which as a member of the EU, must be committed to the core democratic value of academic freedom. We urge you to cancel the decree, and return to a sound policy regarding academia, respecting its freedom in matters of teaching and research.

Prof. Dr. Paula-Irene Villa
on behalf of the board of the German Sociological Association

Munich, October 19th, 2018

2. DGS-Mittelbauversammlung beim Kongress in Göttingen

Am 25. September 2018 fand im Rahmen des 39. DGS-Kongresses die zweite DGS-Mittelbauversammlung statt. Sie richtete sich an alle Interessierten aus dem Mittelbau und dem sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs; gemeint sind Qualifikand*innen, Promovierende, studentische Beschäftigte, Habilitierende, Assistent*innen, Projektmitarbeiter*innen, Lehrbeauftragte, akademische Räte, Juniorprofessor*innen, Privatdozent*innen. Bei der Veranstaltung wurden die wichtigsten Entwicklungen berichtet, die die Angehörigen des Mittelbaus i.w.S. innerhalb der DGS in den letzten zwei Jahren betroffen haben, und über das weitere Vorgehen beraten. Trotz einiger unschöner organisatorischer Schwierigkeiten (kurzfristige Raumänderung, zeitliche Überziehung der Abendvorlesung zuvor im selben Raum sowie parallel stattfindende Sonderveranstaltungen) stieß die Veranstaltung mit ca. 70 Teilnehmer*innen auf erfreuliche Resonanz. Anders als in vielen anderen Gremienveranstaltungen während des Kongresses stand in der Mittelbauversammlung nicht zuerst die Akademie für Soziologie im Fokus.

Zunächst berichteten die Initiator*innen der Mittelbauversammlung, welche Entwicklungen es seit der Petition der Initiative für Gute Arbeit in der Wissenschaft, den ersten Ad-hoc-Zusammenkünften und insbesondere seit der ersten formell einberufenen Mittelbauversammlung auf dem DGS-Kongress 2016 in Bamberg im Hinblick auf die eigenen Belange innerhalb der DGS gab:

In Reaktion auf die Initiative des Mittelbaus wurde der DGS-Ausschuss »Mittelbau in der DGS/Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft« eingerichtet. Ein wichtiges Arbeitsergebnis ist die Ergänzung des Ethikkodex von DGS und BDS (Berufsverband deutscher Soziologen) um einen kurzen Passus zu Grundsätzen guter Arbeit und guter Betreuungspraxis. Der Ausschuss wurde im Sommer 2017 aufgelöst und soll zukünftig in etwas anderer Ausrichtung durch einen ständigen Ausschuss »Soziologie als Beruf« abgelöst werden, der Fragen soziologischer Berufs- und Beschäftigungspraxen für alle Statusgruppen behandeln wird.

Des Weiteren ging es auf der Versammlung insbesondere um eine bessere Repräsentation der DGS-Mitglieder aus dem Mittelbau in den verschiedenen Gremien der DGS. Seit der Wahl 2017 sind auch Vertreter*innen aus dem Mittelbau im Konzil. Insgesamt hatten vier Mittelbauangehörige für das Konzil und zwei Mittelbauangehörige für den Vorstand kandidiert, wovon zwei Kandidat*innen in das Konzil gewählt wurden.

Eine auf Empfehlung des oben genannten Ausschusses gegründete Satzungskommission hatte sich im letzten Jahr das Ziel gesetzt, Vorschläge für ein offeneres und transparenteres Wahlverfahren zu erarbeiten. Zur Satzungskommission gehörten neben Vorstands- und Konzilsmitgliedern auch Vertreter*innen des Mittelbaus. Die erarbeiteten Vorschläge beinhalten eine zumindest graduelle Öffnung der Gremien sowie eine Stärkung des Vorschlagsrechts der Sektionen. Eine Quote für den Mittelbau in den Gremien wurde zwar von einigen Kommissionsmitgliedern aus unterschiedlichen Statusgruppen gefordert, war aber nicht konsensfähig. Das neue Wahlverfahren wurde auf der Versammlung erläutert und kann auf der Homepage der DGS sowie der DGS-Mittelbau-Website eingesehen werden, ebenso wie die Profile der für die Gremienwahlen 2019 kandidierenden Mittelbauangehörigen.

Die ausführliche Berichterstattung stellte eine notwendige Basis für die anschließende Diskussion dar, da viele Entwicklungen den Anwesenden nur in groben Umrissen bekannt waren. In dieser Hinsicht erweist sich die Mittelbauversammlung nicht nur als Diskussions- und Austauschforum, sondern auch als ein geeignetes, wenn auch nicht ausreichendes Format der Berichterstattung.

Wichtigster Diskussionspunkt auf der Versammlung war der neu einzurichtende Ausschuss »Soziologie als Beruf«. Dieser soll sich unter anderem mit den jeweiligen Anliegen unterschiedlicher Beschäftigtengruppen angesichts der sich wandelnden Arbeitsbedingungen auseinandersetzen. Die Vertreter*innen des Mittelbaus in diesem Ausschuss werden zudem für die Organisation der Mittelbauversammlung auf den zukünftigen DGS-Kongressen zuständig sein, wodurch die Veranstaltung auch eine weitere formale Legitimation und institutionelle Verstetigung erfährt.

Über die möglichen zukünftigen Themenfelder und Aufgabengebiete des Ausschusses entspann sich eine lebhafte und konstruktive Diskussion unter den Anwesenden. So wurde neben verschiedenen Problemen im Hinblick auf die Beschäftigungssituation und die Berufsperspektiven angeregt, dass der Ausschuss zunächst eine genauere Informationsbasis über die spezifische Beschäftigungssituation von Soziolog*innen einholen solle. Für eine solche Erhebung wurden bereits konkrete Fragen und Themen genannt, zum Beispiel die Erfassung der Lehrbelastung nach Vertragsarten und somit auch von unbezahlter bzw. schlecht bezahlter Lehre, Verteilung von Daueraufgaben auf die befristet Beschäftigten, womit auch der Wunsch nach einer stärkeren Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Lehre, Forschung und Administration verknüpft wurde. Ebenso wurde erneut

deutlich gemacht, dass eine breitere Diskussion über das Lehrstuhlprinzip und damit verbundene persönliche Abhängigkeitsverhältnisse nötig ist. Schließlich wurde für eine stärkere Beachtung der gesundheitlichen Folgen von Arbeitsüberlastung wissenschaftlich Beschäftigter plädiert.

Der neu eingerichtete Ausschuss wird sich aus einem Mitglied des Vorstandes, zwei Professor*innen, drei Mittelbauvertreter*innen und einem/r Studierenden zusammensetzen. Die Bestimmung der drei Mittelbauvertreter*innen für den Ausschuss erfolgt durch die Statusgruppe. Auf der Mittelbauversammlung konnten sich Kandidat*innen vorstellen. Es fanden sich insgesamt fünf Personen, die sich, teilweise auch schon durch Interessensbekundung im Vorfeld, als Vertreter*innen für den Ausschuss »Soziologie als Beruf« zur Wahl stellen werden: Dr. Sabine Schäfer (Bielefeld), PD Dr. Stefanie Graefe (Jena), Jens Kretschmar M.A. (Erfurt), Therese Vockert M.A. (Fulda), David Adler M.A. (Bochum). Die drei Ausschussmitglieder werden in einer durch die DGS durchgeführten Online-Wahl bestimmt (Die Wahl war bei Redaktionsschluss dieses Heftes noch nicht beendet.)

Abschließend wurden verschiedene weiterführende Themen diskutiert, die einmal mehr verdeutlichten, dass es ein großes Bedürfnis zum Austausch innerhalb des Mittelbaus unserer Fachgesellschaft gibt und dass ein Engagement und eine aktive Beteiligung der DGS-Mitglieder aus dem Mittelbau – die immerhin rund zwei Drittel der Mitglieder der DGS stellen – wichtig ist und bleibt. Um diesen Prozess weiter voran zu bringen und in der Fachgesellschaft fest zu etablieren, gilt es in Zukunft einerseits eine bessere Verzahnung mit der sonstigen Verbandsöffentlichkeit zu erreichen, beispielsweise durch einen regelmäßigen Bericht mit Diskussionsmöglichkeit auf der DGS-Mitgliederversammlung, und andererseits eine breite Teilnahme für DGS-Mitglieder an der Mittelbauversammlung auf den DGS-Kongressen durch eine Vermeidung oder zumindest starke Begrenzung von Konkurrenzveranstaltungen zu ermöglichen.

Insgesamt erwies sich diese Mittelbauversammlung als weiteres Mosaiksteinchen im Prozess der Organisation der größten Statusgruppe in der DGS, deren kollektives Bewusstsein über die eigene Situation ebenso wächst wie der Wille, sich für die Vertretung der eigenen Interessen und Anliegen zu engagieren. Informationen zum Mittelbau in der DGS finden sich unter: <https://dgsmittelbau.wordpress.com> (dort gibt es auch die Möglichkeit sich in einen E-Mailverteiler einzutragen).

Angela Graf, Daniela Heitzmann, Heike Kanter,
Maria Keil und Peter Ullrich

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Allegra Baumann, Höchst
Dr. Georg Datler, Köln
Henning de Vries, Bielefeld
Susann Hanspach, M.A., Wuppertal
Lisa Alexandra Henke, Alsheim
Verena Hucke, Kassel
Georg Krajewsky, Darmstadt
Dr. Tanja Kubes, Dachau
Dr. Gregor Kungl, Stuttgart
Dirk Lampe, M.A., Hannover
Dr. Georg Lorenz, Berlin
Prof. Dr. Petra Lucht, Werder (Havel)
Dr. Thomas Schröder, Edingen-Neckarhausen
Mathias Stephan, M.A., Kandel
Thorsten Szydlik, Marburg
Brigitte Zamzow, M.A., Stuttgart
Philipp Zeltner, Lüneburg

Neue studentische Mitglieder

Igor Brindiba Batista, Bochum
Cedric Jürgensen, Leipzig
Alina Wandelt, Berlin
Patrick Weber, Berlin
Zaza Zindel, Bielefeld

Austritte

Marlen Beckmann, Hamburg
Daniel Bode, M.A., Hamburg
Julia Borowsky, Bremen
Dr. Horst-Dietrich Elvers, Berlin

Mareike Engels, Hamburg
Dr. Sigrid Haunberger, Jegenstorf (CH)
Prof. Dr. Dieter Hermann, Heidelberg
Jennifer Hein, Rehburg-Loccum
Prof. Dr. Thomas Heun, Berlin
Ulrike Kennert, Leipzig
Stephan Kroll, M.A., Erkrath
Dr. Phil C. Langer, Berlin
Katharina Lenz, M.A., Braunschweig
Anna Maier, Augsburg
Hanna Piepenbring, Mainz
Dr. Silja Samerski, Oldenburg
Dipl.-Soz. Christoph Seidel, Bielefeld
Patrick Theinert, Senge
Raphael Vogel, Luzern (CH)
Lukas Weber, Münster
Janina Zeh, M.A., Hamburg

Verstorben

Prof. Dr. Werner Fuchs-Heinritz, Münster
Prof. Dr. Hanns-Georg Brose, Duisburg
Prof. Dr. Susanne Ihsen, München
Prof. Dr. Peter A. Berger, Rostock
Dr. Wolfram Breger, Essen

Auf ihrem 39. Kongress in Göttingen hat die DGS zwei Masterarbeiten und zwei Dissertationen im Fach Soziologie als herausragende Abschlussarbeiten ausgezeichnet. Wir möchten Ihnen diese Arbeiten in der SOZIOLOGIE vorstellen. In diesem Heft präsentieren Brigitte Zamzow (Masterarbeit) und Marius Meinhof (Dissertation) ihre Forschung. In Heft 2 werden Elena Höpfner (Masterarbeit) und Tine Haubner (Dissertation) Einblicke in ihre Abschlussarbeiten geben.

Is Affordable Housing the new Social Housing?

A Case Study of New York City's Public Housing in Harlem

Brigitte Zamzow

Globalization changes cities drastically all over the world. The institution of the nation state has been affected by the neoliberal turn since the 1980s. In the Global North, liberalizing the markets meant withdrawing any state control not only for the markets, but also a backing out of social responsibilities. Social Housing for example in the USA counted as failed since Pruitt Igoe's demolition in 1972 (Urban 2012), and its other remnants of a tentative welfare state were eliminated in the 1990s during Bill Clinton's administration (Mead 1992). Europe followed suit soon afterwards, arguably to a lesser extent and varying from country to country within the EU.

The question arises how much leverage a city itself has in order to maintain or create socially stable neighborhoods albeit globalization changing the cities' landscapes and the state incessantly backing out of its responsibilities. The maintenance of social housing is one way to investigate this trend. Not only in the U.S., but also in Europe and South America, *affordable housing* is being discussed both amongst the public and the scientific sphere.

Especially tenants and activists on the ground are eager to understand the profound changes of the shift from fully subsidized housing for low-income families as well as *aspiring* working-class (Mead 1992) and middle-class families to a less clearly defined public-private project. Does it mean that once more in a city's history those deviant from the social mainstream norm will be displaced or resettled for the sake of a *good*, a *safe*, a *whiter* city

(Millington 2011)? Will *deconcentrating poverty* result in making the poor invisible when they are being kicked out of their apartments and resettle in other pockets of poverty further outside the city?

New York City will be investigated here because most other US American cities have bulldozed their utopian ideas of egalitarian housing in the shape of modernist high-rise towers, following the federal HOPE VI program that substituted the mass housing blocks with mainly middle-income two-story houses (Hyra 2008: 83). In contrast, New York City has been able to provide public housing up until today due to its almost social-democratic governmental setup. But the modernist concrete buildings need renovations and the Housing Authority seems unable to provide the funds while global capital pressurizes the neighborhoods in various ways (ibid: 107 f.).

Harlem nowadays is booming. Interestingly enough, in New York, neighborhoods that have formerly been ghettoized are experiencing an influx of better-off whites. Harlem is one of them: Higher-income whites replacing lower income blacks in the »very same neighborhoods that experienced *white flight* and urban renewal in the 50s and 60s« (Powell, Spencer 2003: 437). This fact makes neighborhoods like Harlem or Bushwick unique in the literature on gentrification in the USA because black ghettos had been considered *ungentrifiable* in other cities. It is exactly those inner-city areas that blacks were pushed into and not allowed out of, while now, they are pushed out.

Recently, New York City has introduced an affordable housing scheme that promises to satisfy both claims for social responsibility and speculator's investment seeking: Unused parklands within the public grounds are leased out to investors in order to build both market-rate and affordable housing right next to the public housing blocks. By revitalizing the area, it promises to densify the city and therefore prevent further sprawl, to create more housing for several strata of society, and to maintain (not create!) enough housing for low-income families in the city (The City of New York 2015: 83).

I investigated the affordability scheme in one specific neighborhood that counts as disadvantaged albeit undergoing gentrification and has had a high percentage of black families living there since 1900: Harlem. The outcome shows that affordability schemes are one tool amongst others for the city to put a frontier against ruthless land speculation, but it is not a solution to provide and secure housing for low-income families, especially if vulnerable and/or marginalized due to racism.

The Race Factor in Urban Revitalization Processes and Current »Social Mix« Debates

New York City shows how in the past urban renewal in the 1930s and then in the late 1950s until early 1970s during the Robert Moses era was executed on the backs of mainly poor, colored families. Entire, predominantly black neighborhoods were erased from the city map (State of New York, Division of Housing 1958) before more affluent activists became aware of the ramifications this urban renewal might bring to their own buzzing neighborhoods. One of them was the famous journalist Jane Jacobs living in the mainly middle-class Greenwich Village (Jacobs 1961). These movements were able to stop Moses' remaining mega project plans in the end but it is a proof of the fact that not everybody is capable of entering the discourse and therefore able to claim one's right to the city (Harvey 2008).

As John Powell puts it in an article where he links urban revitalization processes to current public housing policy in a way very critical towards racist behavioral practices, »the redevelopment of public housing is a form of *exclusive* redevelopment that is designed to exclude the very poor from the revitalized spaces and render them safe for resettlement by the wealthy and affluent« (Powell, Spencer 2003: 452). The author Derek Hyra states that

»the destruction of housing which is sponsored by the federal government [through HOPE VI; BZ], leads to the displacement of the poor from neighborhoods that are in the midst of redeveloping. This is a form of institutional racism since poor African Americans affected by this policy are being relocated to highly segregated and impoverished neighborhoods.« (Hyra 2008: 159).

While race plays one important role in the revitalization practices, the second factor to investigate is social class. Some academic literature stresses that introducing policies that embrace gentrification does the exact opposite of including all kinds of income (Bridge 2012; Varady 2005; Vale 2006). Others contend that it will lead poor people out of their misery by being exposed to more middle-income families both as role models as well as enhanced services and amenities (Briggs 2006; Gans 1961; Chaskin, Joseph 2010). Needless to say, the argument for social mixing is mostly used when wealthy families move into poorer areas, but the other way around hardly ever gets attention as a possible solution.

The Affordability Scheme

Today, the New York City Housing Authority finds itself not being able to stem the acute shortage of federal funds to renovate its buildings (New York City Housing Authority 2018a). The other side of the coin is that it wants to revitalize the formerly disadvantaged neighborhoods that have already been the focus of global investment and gentrification processes. In NYCHA pairing up with the City's Department of Housing Preservation and Development (NYC-HPD), it incentivizes private developers to build on public housing grounds by leasing them out. They are contracted into building *affordable housing* to serve a wide range of income distribution amongst families (ibid.).

NYCHA hopes to attract middle-income families, thus adding to its yearly turnover and therefore relieving its financial instability. In order to compete as a global city, New York City's government believes that it must offer relatively affordable housing to a range of the city's inhabitants. Michael Bloomberg, predecessor of the current mayor Bill de Blasio, launched a multi-billion Dollar, 165,000-unit program targeted at both lower- and middle-income New Yorkers (Bloom 2008: 267 f.), which is being continued by his successor.

First of all, any housing is considered *affordable* when a household spends no more than one-third of its income on rent and utilities (United States Census Bureau). However, in New York in 2014, 56% of all renters were rent-burdened. More than every second household spent more than a third of their salary on rent. Three in ten renter households even paid more than half of their salary on rent (Gaumer, West 2015). There is no doubt that there is a severe housing crisis throughout the city on many income levels. The New York City Housing and Vacancy Survey conducted by NYC Housing Preservation and Development adds that there is a vacancy rate of 7.3% for high-income units whereas for low-income families, there is a severe shortage as the vacancy rate for much needed units for less than \$800 is only 1.8% (ibid: 3 f.). This shows the mismatch between units being produced and units that are needed.

When constructing affordable housing options, the city government relies on defined income categories set by federal government of incomes when negotiating the number of affordable units with private developers. Affordable housing options are divided into income categories per household of four. These brackets are split into five categories: extremely low-income families that make an annual income of up to \$25,150, very low-

income ranging in between \$25,151 and \$41,950, low-income ranging in between \$41,951 and \$67,120, moderate-income in between \$67,121 and \$100,680 and middle-income ranging in between \$100,681 and \$138,435 (The City of New York 2014: 6). For the high-income, \$138,436 and more, no affordable housing options are considered. These numbers suggest that it is specific for New York City that making a living is very expensive. In other cities, an income of \$40,000 annually is by no means considered *very low-income*.

The distribution of new affordable housing to be built or to be preserved is mainly for *low-income* families, according to the official plan by Mayor Bill de Blasio. In other cities, this income bracket would be close to middle-income housing. In Harlem specifically, the income distribution differs so starkly from the rest of New York City, that the city government's term *low-income* does not fit the actual reality of inhabitants. Those designated *low-income* will receive 58% of all new affordable housing built in the whole of New York City and in Harlem specifically. Only 12% will be built or preserved for very low-income families, which are the average income group residing in Harlem. This can be seen in column 5 in table 1.

Table 1: *What is Affordable Housing?*

Income Band	Percentage of Areal Median Income (AMI)	Monthly Rent Required to Prevent Rent-Burden (USD)	Annual Income (for a four-person household, USD)	Housing intended to be built or preserved by city government	Harlem's Income Distribution
Extremely Low Income	0 – 30%	up to 629	up to 25,150	8%	33.5%
Very Low Income	31 – 50%	630 – 1,049	25,151 – 41,950	12%	20.9%
Low Income	51 – 80%	1,050 – 1,678	41,951 – 67,120	58%	20.3%
Moderate Income	81 – 120%	1,679 – 2,517	67,121 – 100,680	11%	11.5%
Middle Income	121 – 165%	2,518 – 3,461	100,681 – 138,435	11%	13.8%

Source: *The City of New York (2014: 6), US Census Data (2013), own extensions*

In addition to those 12%, 8% are planned for extremely low-income families, which makes a total of 20% affordable units built for 54% of Harlem's overall population that fall underneath the *low-income* bracket designated by

the city government (see table 1 column 6; US Census Data 2013; Center for Urban Pedagogy 2014).

This means that in Harlem, every second household is not able to fulfill the criteria for most of the built affordable housing units. Accordingly, there must be a mismatch between the housing that is built and the housing that is actually needed in this specific neighborhood.

The reason why this mismatch came about is because affordable housing eligibility will be based on the Areal Median Income (AMI). The AMI is defined each year by the federal housing authority, which is the U.S. Department of Housing and Urban Development (HUD). It is measured for all cities across the USA and is used as a reference value to determine what kinds of affordable housing will be built. These federal measures determine an algorithm of how many units the developer needs to offer to a specific income bracket so that he gets tax abatement.

It becomes visible that the AMI includes a wide range of neighborhoods that are starkly contrasted in New York in their income, as it includes very high-income neighborhoods as well as neighborhoods suffering high concentrations of poverty, which Harlem is still one of. The 2015 AMI for New York was therefore \$78,700 for a three-person family, whereas for Harlem the average income of a three-person family was \$39,650, which is roughly only half of the city's average income (Austensen et al. 2016: 6). This means that very high-income rates are included into measurements for housing that is to be built in Harlem. Nevertheless, city officials emphasize that these measurements are open to discussion with communities to develop neighborhood-specific policies that address their needs and priorities (The City of New York 2014: 48).

Hence, in Harlem as in other New York City neighborhoods, most affordable housing is going to be built for the *low-income* bracket starting from \$41,951 annually, and falling between 50% and 80% of AMI. While 54% of overall Harlemites will not be able to afford the biggest amount of housing that will be invested in, public housing residents will be exposed to higher hardship: As stated above, 8% will be built for extremely low-income families, but the upper limit of \$25,150 is still almost double as what an average public housing tenant earns. In 2009, nation-wide in public housing, annual household income averaged \$13,234, well below the federal poverty line. Only 17% received more than \$20,000 (Schwartz 2010: 130). However, it needs to be stated that NYCHA's residents have a higher income of currently \$24,423 (New York City Housing Authority 2018b).

Apparently, affordability options are not designed for specifics of the black population and will leave them in greater hardship, may this fact have been actively or passively neglected by city government.

Conclusion

The case study shows the same results as discussions in the public and scientific sphere do: affordable housing is geared towards middle income housing, first of all. It lies in the nature of public-private partnerships that some sort of profit has to be created for the investor to survive, stay in business and pay its contractors, as philanthropist he or she might be. There is a housing shortage for middle-income families in New York City, so the government needs to take these measures in order to secure housing for them now and in the future. It makes sense to find incentives in form of tax reductions to make the private companies invest.

The New York City Housing Authority actually does have a reasonable argument in making use of the overall gentrification processes in the neighborhood as long as the tax revenue is reinvested in the renovation of public housing estates. This could be further developed when NYCHA is leasing out underutilized public grounds to private investors in order to create 30% (or more) affordable housing for middle-income families instead of selling the grounds, and thus creating a profit by higher tax revenue that is ensured to flow back into the maintenance of the public housing buildings, thereby guaranteeing that those who already are in public housing will not be displaced by gentrification.

The city can keep its leverage as long as the land the affordable housing is built on stays in public hands. Selling off public grounds has proven fatal in other cities where they try to regain control over land speculation by buying back the lands at huge cost. If the city keeps the land, land speculation will be blocked. This is crucial if the government really wants to ensure everyone's right to the city.

The point to understand is that the argument of social mix actually works the other way around: Affordable housing will only be able to create and maintain a social mix, if the lower social strata do not leave. This is only possible if there continues to be housing that is fully taken out of the market and therefore remains under the responsibility of the city or state. Affordable housing, rent control, moving-to-opportunity programs etc. are important

measures to take, but in order to secure living for low-income families, especially when affected by racism or otherwise marginalized, they have to be protected by social housing. Those will not be able to pay the ever-rising rents in New York City.

Most importantly, affordable housing strategies will not pose a durable solution to low-income families and other vulnerable groups as the homeless, refugees etc. While interacting and investigating on the city government's narrative, one tends to forget the many families who are still waiting for public housing units on immense waiting lists. They live in dilapidated market rate housing in overcrowded situations because they are otherwise unable to pay the market rate rent and cannot find any other form of housing that they can pay for.

This is why the public housing stock needs not only be kept at the same level, but more public housing needs to be built. Those applying for public housing are not the ones eligible for affordable housing, as this analysis has shown. It is questionable if a city is able to provide this kind of investment on its own. The state has to provide policies in order to build more public housing. With the Trump administration, however, this is highly unlikely.

References

- Austensen, M. et al. 2016: State of New York City's Housing and Neighborhoods in 2015. NYUFurman Center, furmancenter.org/research/sonychan/2015-report, last accessed November 20, 2018.
- Bloom, N.D. 2008: Public Housing That Worked. New York in the Twentieth Century. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Bridge, G. (ed.) 2012: Mixed Communities. Gentrification by stealth? Bristol: Policy Press.
- Briggs, X. de Souza 2006: Entrenched Poverty, Social Mixing and the 'Geography of Opportunity'. Lessons for Policy and Unanswered Questions. Georgetown Journal on Poverty Law and Policy, vol. 13, no. 3, 403-414.
- Center for Urban Pedagogy 2014: Envisioning Development Toolkit: What is affordable Housing. <http://envisioningdevelopment.net/map/>, last accessed November 20, 2018.
- Chaskin, R.J., Joseph, M.L. 2010: Building 'Community' in Mixed-Income Developments: Assumptions, Approaches, and Early Experiences. Urban Affairs Review, vol. 45, no. 3, 299-335.
- Gans, H.J. 1961: The Balanced Community: Homogeneity or Heterogeneity in Residential Areas. Journal of the American Planning Association, vol. 27, no. 3, 176-184.

- Gaumer, E., West, S. 2015: Selected Initial Findings of the 2014 New York City Housing and Vacancy Survey. New York City: NYC-HPD. www1.nyc.gov/assets/hpd/downloads/pdf/2014-HVS-initial-Findings.pdf, last accessed November 20, 2018.
- Harvey, D. 2008: The Right to the City. *New Left Review*, vol. 53, 23–40.
- Hyra, D.S. 2008: The New Urban Renewal. The Economic Transformation of Harlem and Bronzeville. Chicago: University of Chicago Press.
- Jacobs, J. 1961: The Death and Life of Great American Cities. New York: Random House.
- Mead, L.M. 1992 The New Politics of Poverty. The Nonworking Poor in America. New York: Basic Books.
- Millington, G. 2011: »Race, culture and the right to the city. Centres, Peripheries, Margins. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan.
- New York City Housing Authority 2018a: 100% Affordable Housing. New York City: NYCHA. www1.nyc.gov/site/nycha/about/100-percent-affordable-housing.page, last accessed November 20, 2018.
- New York City Housing Authority 2018b: NYCHA 2018 Fact Sheet. www1.nyc.gov/assets/nycha/downloads/pdf/NYCHA-Fact-Sheet_2018_Final.pdf, last accessed November 20, 2018.
- Powell, J., Spencer, M. 2003: Giving Them the Old »One-Two«. Gentrification and the K.O. of Impoverished Urban Dwellers of Color. *Howard Law Journal*, vol. 46, no. 3, 433–490.
- Schwartz, A.F. 2010: Housing Policy in the United States. New York: Routledge.
- State of New York, Division of Housing 1958: New York State Assistance in Slum Clearance, Urban Renewal and Housing. State of New York.
- The City of New York 2014: Housing New York. A Five-Borough Ten-Year Plan. http://www.nyc.gov/html/housing/assets/downloads/pdf/housing_plan.pdf, last accessed November 15, 2018.
- The City of New York 2015: NextGeneration NYCHA. www1.nyc.gov/assets/nycha/downloads/pdf/nextgen-nycha-web.pdf, last accessed November 15, 2018.
- Urban, F. 2012: Tower and Slab. Histories of Global Mass Housing. London, New York: Routledge.
- US Census Data 2013. Household Income in Harlem, New York. <http://statisticalatlas.com/neighborhood/New-York/New-York/Harlem/Household-Income#figure/household-income-distribution>, last accessed November 15, 2018.
- Vale, L.J. 2006: Comment on Mark Joseph's »Is Mixed-Income Development an Antidote to Urban Poverty?«. *Housing Policy Debate*, vol. 17, no. 2, 259–269.
- Varady, D.P., Raffel, J.A., Sweeney, S., Denson, L. 2005: Attracting Middle-Income Families in the Hope VI Public Housing Revitalization Program. *Journal of Urban Affairs*, vol. 27, no. 2, 149–164.

Die Modernisierung der Konsumenten

Alltägliche Shoppingpraktiken und
Diskurse der kolonialen Zeitlichkeit in China

Marius Meinhof

China hat über das 20. Jahrhundert hinweg in jeder Generation tiefgreifende soziale Transformationsprozesse durchlaufen, geprägt etwa von Kolonialismus, sozialistischer Revolution und marktwirtschaftlicher Restrukturierung. Dieser massive, bis heute andauernde soziale Wandel hat eine kulturell sehr vielfältige, sich ständig verändernde Gesellschaft hervorgebracht, in deren Alltag fast alles aushandelbar erscheint, die deshalb aber auch ständige Anpassungsleistungen und ständiges Umdenken erzwingt – und deren Mitglieder sich zu Recht fragen, in welcher Art von Gesellschaft sie eigentlich leben und in welche Zukunft diese Gesellschaft sich bewegt. Eine häufig genutzte, klassisch soziologische Antwort auf diese Frage liegt darin, beobachtbare Praktiken zu klassifizieren, und die so gewonnenen Typen auf einem linearen Zeitstrahl zu verorten. Erfahrungen des sozialen Wandels lassen sich dann verstehen, wenn Wandel als Abfolge von Idealtypen oder als Bewegung von einem Idealtyp zum anderen beschrieben und auf einen eindeutigen Begriff gebracht wird – etwa Rationalisierung, Individualisierung oder Pluralisierung.

Diese Analysestrategie ist allerdings in der letzten Zeit häufig kritisiert worden, weil verschiedene Autoren die Vorstellung linearer Zeitlichkeit dekonstruieren (Koselleck 2004) oder die eurozentrischen, kolonialen Aspekte dieser Zeitkonzepte kritisieren (zum Beispiel Chakrabarty 1992; Wilk 1994; Escobar 1995). Oft ist nämlich lineare Zeit und die Idee eines Fortschritts hin zu einem vereinfacht gedachten Idealbild einer »modernen Gesellschaft« zusammen mit dem Versuch, die Welt in eindeutige Kategorien einzuteilen, nicht nur eine analytische Tätigkeit von Soziolog*innen, sondern auch eine Machtpraxis im erforschten Feld. Wenn wir als Soziolog*innen China erforschen, müssen wir nicht nur eine uneindeutige Gesellschaft auf den Begriff bringen, sondern eine Gesellschaft, in der es ständig unterschiedlich erfolgreiche Vereindeutigungsprojekte gibt – und in der soziologische Diskurse von Fortschritt und Moderne oft selbst Teil dieser Vereindeutigungsprojekte sind.

Die Arbeit »Shopping in China. Mikrodispositive konsumistischer Subjektivierung im Alltagsleben chinesischer Studierender« versucht, mit diesem

analytischen Dilemma umzugehen, in dem sie anhand von ethnographischen und videographischen Analysen von Konsumpraktiken in China neue theoretische Begriffe zur Beschreibung dieser Praktiken entwickelt. Die Arbeit verbindet Ideen aus Governmentality Studies und Postcolonial Studies mit ethnomethodologischen Perspektiven auf die situierte Hervorbringung der Wirklichkeit. Sie versucht dabei, theoretische Begriffe von sowohl fallspezifischer als auch allgemeiner soziologischer Relevanz an der Beobachtung von Alltagspraktiken in China zu entwickeln.

Im Rahmen einer detaillierten, auf Ethnographie und Videographie basierenden Beschreibung und Analyse von Konsumpraktiken junger Chinesen versucht die Arbeit auch, drei theoretisch-methodologische Fragen zu beantworten, die eng mit der sozialen Realität in China verbunden sind. Erstens: Wie spielen multiple und uneindeutige Alltagspraktiken mit Diskursen zusammen, die diese Praktiken in eindeutige, vereinfachende Kategorien wie Tradition/Moderne und China/Westen zu pressen versuchen? Zweitens: Mit welchen theoretischen Begriffen können wir die Vielfalt dieser Praktiken beschreiben? Drittens: Wie kann eine Welt, in der Sprechweisen und gelebte Alltagspraktiken immer wieder auseinanderklaffen, soziologisch erforscht werden?

Die Arbeit basiert auf einer einjährigen ethnographischen Feldforschung im Jahr 2014, die um zwei, etwa sechswöchige Feldaufenthalte in den Jahren 2013 und 2015 erweitert wurde. Im Rahmen dieser Feldforschung wurden neben der ständigen teilnehmenden Beobachtung Video- und Audioaufnahmen sowie Beobachtungsprotokolle von Shoppingtouren angefertigt, Interviews mit Studierenden geführt und Protokolle von Chats mit Studierenden gespeichert und analysiert. Ergänzend zur Feldforschung wurden Aufsätze chinesischer Beamter und Sozialwissenschaftler analysiert. Im Folgenden möchte ich drei zentrale theoretische, aus den empirischen Befunden der Arbeit entwickelte Einsichten darstellen. Erstens die sozialtheoretisch-methodologische Einsicht, dass Praktiken der (konsumistischen) Subjektivierung als situierte Praktiken beobachtbar sind und daher über videographische Verfahren erforscht werden können. Zweitens die Erkenntnis, dass in China multiple Subjektivitäten des Konsums beobachtbar sind, deren Multiplizitäten auf einer tieferen Ebene liegen, als durch den Begriff der Pluralisierung erfassbar ist. Drittens die Erkenntnis, dass meine Fallstudie einen Bruch zeigt zwischen Praktiken, in denen sich besagte Multiplizitäten manifestieren, und Diskursen

(die auch die Beteiligten selbst heranziehen), die sich an einem Fortschrittsnarrativ mit oft holzschnittartigen Vorstellungen von Westen/China und modern/rückständig orientieren.

Alltägliche Praktiken der Subjektivierung

Einen zentralen theoretischen Ausgangspunkt der Arbeit bilden Theorien der Subjektivierung durch alltägliche Konsumpraktiken (zum Beispiel Schrage 2009). Praxistheoretische Ansätze zu Subjektivierung weisen die Idee eines prä-existenten Subjektes zurück und thematisieren stattdessen, in Reckwitz' Worten, das Subjekt »im Prozess seiner permanenten kulturellen Produktion« (Reckwitz 2008: 10). Im Bereich des Konsums steht hier etwa die Hervorbringung eines »begehrenden Subjektes« im Mittelpunkt (Miller, Rose 1997), das die Welt als aus konsumierbaren Dingen bestehend wahrnimmt (Schrage 2009). Diverse Konsumpraktiken und -objekte können sich zu einem Dispositiv (Bührmann, Schneider 2008) zusammenschließen, das Subjekte mit spezifischen Selbst- und Weltverhältnissen (Schrage 2009) hervorbringt. Dabei geht es, wie Reckwitz (2006) treffend hervorhebt, nicht einfach um den Umgang von Subjekten mit Normen, sondern viel grundlegender um die Vorstellungen und Bedingungen des In-der-Welt-Seins und Subjekt-Seins, auf dessen Basis überhaupt erst etwa eine Trennung zwischen »Norm« und »Selbst« oder ein »umgehen« mit Normen vorstellbar sind.

Verschiedene Studien zeigen, dass Konsumpraktiken in China von den erforschten Konsument*innen als eine Transformation in eine neue Art von Subjekt erfahren wird – und zwar insbesondere eine Transformation in modernere Menschen (zum Beispiel Rofel 1999). In der Tat produzieren die chinesische Regierung und sozialwissenschaftlich publizierende Beamte einen von bisher unerschüttertem Steuerungsoptimismus geprägten Diskurs der sozialistischen Modernisierung, in dessen Rahmen Konsum als ein Instrument zur Modernisierung von Land, Bevölkerung und einzelnen Subjekten eingeplant wird (Meinhof 2018a: 81 ff.). Beispielsweise wird eine Pluralisierung des Konsums von Sozialwissenschaftlern in China als Mittel zur Steigerung der Inlandsnachfrage, aber auch zur Umerziehung der Menschen zu mehr Selbstständigkeit thematisiert – eine Umerziehung, die letztendlich wiederum auf eine Modernisierung des Landes und seiner Menschen abzielt (Meinhof 2018b). Diese Perspektive wird, wie ich zeigen konnte, von chine-

sischen Studierenden zumindest insofern geteilt, dass auch diese in Interviews die Welt in »moderne« und »rückständige« Orte und Menschen einteilen, und das »Moderne« dabei als überlegen und für China erstrebenswert darstellen (Meinhof 2018a: 291 ff.).

Wie lässt sich nun aber ein Regime der Subjektivation durch alltägliche Konsumpraktiken erforschen? Praxistheoretisch lässt es sich nicht rechtfertigen, diese Frage allein über Interviews zu beantworten, die ja ebenfalls ein Sprechen von außerhalb der Situation über die Situation darstellen und daher auch eine Form von Diskurs erfassen. Für meine Forschung boten vor allem Videoanalysen die Möglichkeit, flüchtige und komplexe Praktiken des Umgangs mit Objekten zu analysieren, weil Videos im Nachhinein immer wieder und in Zeitlupe oder Vergrößerung angesehen werden können. Dies führte zu einer Idee, die zugleich einen Befund und eine methodologisch-sozialtheoretische Programmatik der Arbeit darstellt.¹ Formen konsumistischer Subjektivation, so lautet die Idee, sind in ein Dreiecksverhältnis eingebettet: Erstens in Diskurse von Beamten und Sozialwissenschaftlern, die aus einer Position als Mitglieder formaler, staatlicher Institutionen Texte mit Policy-Implikationen produzieren – im Folgenden »institutionelle Diskurse« genannt. Zweitens in Erzählungen oder Texten von Personen, die eine Selbstbeschreibung von außerhalb der eigentlichen Situation anfertigen, und die ich als »Sprechweisen Studierender« bezeichne. Drittens die Praktiken des Konsumierens, die in der Situation des Konsums stattfinden, egal ob dies nun nicht-sprachliche (etwa Berühren, Blicken) oder sprachliche (etwa Reden über das Konsumobjekt) Praktiken sind. Die Frage, ob institutionelle Diskurse, Sprechweisen Studierender in Interviews und Praktiken ähnliche Inhalte aufweisen oder sich an ähnlichen Problemen orientieren, ist eine empirische Frage. Im Fall meiner eigenen Forschung lässt sich zeigen, dass die Autoren institutioneller Diskurse und Studierende in Interviews zwar unterschiedliche Begriffe benutzen, sich aber an einem ähnlichen Problem orientieren – dem Problem einer vermeintlichen »Rückständigkeit« Chinas. Die Praktiken, die beim Shopping beobachtbar sind, orientieren sich dagegen an ganz anderen Problemen, zum Beispiel an Problemen von Qualität, Preis und dem Zueinander-Passen von Produkten.

¹ Diese Idee ist Befund und Methodologie zugleich, weil im Rahmen des Forschungsprozesses ständig Unterfragen, Erhebungsmethoden, (sozial)theoretische Annahmen und Beobachtungen bzw. Zwischenergebnisse wechselseitig einander angepasst wurden.

Insbesondere für die Praktiken konsumistischer Subjektivation stellte sich dann die ebenfalls empirische Frage, ob verschiedene Praktiken und verschiedene Situationen sich zu einem Dispositiv zusammenschließen. Diese Frage wurde in zwei Schritten beantwortet. Erstens wurde unter Rückgriff auf Deleuzes (1996) Konzept des »Mikrodispositiv« gefragt, ob sich materiale Arrangements (etwa Objekte, Waren), nichtdiskursive Praktiken (blicken, berühren) und diskursive Praktiken (etwa Sprachbeiträge, in denen Erklärungen für das eigene Verhalten produziert werden) in Shopping-Situationen zu einem Mikrodispositiv zusammenschließen. Zweitens wurde gefragt, ob diese Mikrodispositive einerseits miteinander und andererseits mit einem allgemeinen Diskurs so verflochten sind, dass ein über-situatives Dispositiv entsteht.²

Orte des Shoppings als Mikrodispositive

Das Entstehen eines Mikrodispositivs ließ sich für verschiedene Einkaufsumgebungen zeigen. Besonders durch die detaillierte Analyse von Videos konnte herausgearbeitet werden, wie eine ganze Reihe heterogener Praktiken und Objekte so aufeinander abgestimmt werden, dass sie in ihrem Zusammenspiel jeweils ein bestimmtes Paar an zusammengehörigen Welt- und Selbstverhältnissen hervorbringen. Hier spielen etwa Praktiken des Blickens, haptische Praktiken (Berühren von Objekten und Körpern), die Konstruktion von Raum durch Objekte und Praktiken, die situierte Etablierung und/oder Aushandlung von Preisen, sowie die Etablierung und Aushandlung von Vertrauen in Warenqualität und Händler in jeweils spezifischer Weise zusammen, um eine kohärente konsumistische Subjektivität hervorzubringen. Dabei zeigte sich, dass diese Welt- und Selbstverhältnisse nicht immer einen festen, in den Subjekten zu verortenden Habitus bilden. Viele Praktiken waren nur im Zusammenspiel mit dem jeweils situationsspezifischen materialen Arrangement möglich. Zudem üben Konsument*innen die zugehörigen Praktiken oft erst während des Shoppings ein. Sie beherrschen die »richtigen« Shoppingpraktiken nicht unbedingt bereits, sondern sie werden dazu verführt, diese Praktiken einzuüben – beispielsweise führten die Servicekräfte ihre Kund*innen immer wieder zu Spiegeln und »lehrten« sie dabei, Spiegel zu benutzen, das Bild im Spiegel als eigenes Selbst zu thema-

² Siehe ausführlicher dazu Meinhof (2018a: 54 ff.).

tisieren, und dieses »Selbst« auf eine bestimmte Weise und unter bestimmten, ästhetischen Gesichtspunkten zu betrachten. In diesem Sinne lässt sich also durchaus von in sich kohärenten Mikrodispositiven sprechen, die bestimmte Vorstellungen vom konsumierenden Subjekt nicht nur voraussetzen, sondern sie mit-ermöglichen und mit-erschaffen.

Allerdings zeigt meine Arbeit, dass sich diese in sich durchaus kohärenten, zu bestimmten subjektivierenden Praktiken verführenden Mikrodispositive nicht miteinander zu einem Gesamtdispositiv verbinden. Vielmehr werden insbesondere in Shoppingmallgeschäften und an Marktständen geradezu konträre Subjektvorstellungen hervorgebracht. Zwar wird an beiden Orten die Aktivität des »Wählens« und die Vorstellung eines »wählenden Subjektes« hervorgebracht. Doch die Formen des Wählens und die Vorstellung des Subjekts, die dabei entstehen, unterscheiden sich massiv. Die verschiedenen Mikrodispositive entwickeln auf völlig unterschiedliche Weise ihre jeweils eigenen Regime der Individuation (über persönlichen Geschmack im Geschäft oder über individuell zu tragende Risiken am Marktstand) und eigene Regime des Wählens (als Auswählen zwischen formal unentscheidbaren Alternativen »gleich-guter« Waren oder als Herausfinden des besten Einzelstückes aus einem Angebot mit ungewisser Qualität). Diese Mikrodispositive lassen sich nicht mehr zu einer einzelnen Dispositivordnung oder einem einzelnen dominanten Subjekttyp zusammenführen.

Multiplizitäten und multiple Subjektivitäten

Diese Beobachtung führt zu einer der zentralen Erkenntnisse der Arbeit: In Bezug auf China von lose miteinander verbundenen »Multiplizitäten« (Deleuze, Guattari 2015: 7), von Mikrodispositiven und durch diese hervorgebrachte multiple Subjektivitäten gesprochen werden. Aus zwei Gründen schlage ich dabei den Begriff der Multiplizitäten vor: Erstens, weil in Shoppingpraktiken in China tatsächlich eine enorme Vielfalt beobachtbar ist, die sich nicht mehr auf einen gemeinsamen Nenner bringen lässt. Zweitens, weil »Pluralisierung« oder »Diversität« als Begriffe zur Beschreibung dieser Vielfalt ungeeignet sind, weil sie bereits mit anderen, unpassenden Vorstellungen besetzt sind.

»Shopping in China« zeigt, dass sich Konsum in China durch eine enorme Vielfalt an Objekten und an Praktiken des Erwerbens von Objekten auszeichnet. Dieser Konsum wird von Konsument*innen aber nicht unbedingt

in Stile oder Marken klassifiziert. Vor allem an Marktständen werden Objekte nicht als in Stile oder Marken einteilbare Waren behandelt, sondern als Einzelstücke, deren Eigenschaften für jedes Objekt separat eruiert werden müssen. Bedeutet dies nun aber, dass Konsum an Marktständen vielfältiger ist als in Shopping-Malls? In gewisser Weise ja, denn es gibt nicht zehn oder hundert Stile, sondern eine unendliche Zahl an potentiell singulären Konsumpraktiken. In gewisser Weise aber auch nicht, denn die Heterogenität des Konsums an Marktständen ist eine »unmarkierte Heterogenität« (Meinhof 2018a: 242 ff.) – sie wird nicht als Vielfalt sichtbar, weil die Grenzziehungen zwischen Stilen oder Marken, die eine Vielheit an verschiedenen Dingen erst sichtbar und zählbar macht, nicht unbedingt stattfindet, und weil Konsumenten nicht ständig mit dem eigenen, aus einem vielfältigen Angebot wählenden Selbst konfrontiert werden. Statt mehr oder weniger Vielfalt zeigen sich also unterschiedliche Regime der Vielfalt an Marktständen und in Shoppingmalls. In dem Nebeneinander verschiedener Regime der Vielfalt gerade auch in Bezug auf gleiche Warenformen, zeigt sich eine tiefer liegende »Vielfalt der Vielfältigkeiten«, für die ich den Begriff der Multiplizitäten nutze: Die Möglichkeit eines durch Marken und Stile vorstrukturierten, pluralisierten Konsums ist gegeben (etwa in Shoppingmalls), muss aber nicht genutzt werden, da auch andere Formen des Konsums, die eine andere Art an Vielfalt ermöglichen, erreichbar sind (etwa an Marktständen). Diese Multiplizitäten verweisen daher auch nicht auf eine kulturelle Diversität zwischen oder auf eine Hybridisierung von westlicher und chinesischer Kultur. Denn dass Shoppingmallgeschäfte und Marktstände jeweils unterschiedliche Mikrodispositive bilden bedeutet nicht, dass man diese Dispositive als »westlich« und »chinesisch« klassifizieren sollte – im Gegenteil verstehe ich die Einteilung von Konsumformen in westlich oder chinesisch, ähnlich wie eine Klassifikation in Stile, ebenfalls als eine im Feld generierte Ordnungsleistung, die zu bestimmten Klassifikationsregimen gehört und als deren Teil untersucht, aber nicht als analytische Kategorien genutzt werden sollte.³

Der Begriff der Pluralisierung ist zur Beschreibung dieser Multiplizitäten ungeeignet. Erstens verweist dieser Begriff in vielen Arbeiten über Konsum in Deutschland auf eine Vielfalt an Lebensstilen und ein zunehmend vom Berufsstand unabhängiges Wählen zwischen diesen Lebensstilen (etwa Rösse, Pape 2010) – also immer noch auf eine durch Stile vorstrukturierte Welt. Zweitens ist der Begriff der Pluralisierung (多样化, 多元化) ein zentraler

3 Eine genauere Erklärung dieser Ideen bei Meinhof (2018a: zum Beispiel 154 f. und 332 ff.).

Begriff in den institutionellen Diskursen in China, die zwischen rückständigem Konsum und modernem, pluralisiertem Konsum unterscheiden und die beschriebenen Multiplizitäten damit eher verdecken. Ich schlage daher den Begriff der Multiplizitäten gezielt als Begriff für eine tiefer liegende, auf Ebene der Subjektivationsregime liegende Vielfalt vor, im Kontrast zur Pluralisierung, die selbst als Teil einer Dispositivordnung verstanden werden kann.

Purifizierung und koloniale Zeitlichkeit

Diesen Multiplizitäten in den Praktiken des Shoppings stehen Diskurse gegenüber, die diese Praktiken klassifizieren, ordnen und in vielerlei Hinsicht »purifizieren« (Latour 1993: 10), weil sie ihren multiplen Charakter meist verdecken. Die Klassifikationen orientieren sich dabei an hochgradig pauschalisierenden und oft binären Kategorien: reich/arm, Stadt/Land, modern/rückständig, sowie etwas weniger eindeutig die Unterscheidung chinesisch/ausländisch oder chinesisch/westlich. Vor allem die Unterscheidung modern/rückständig ist dabei besonders ideologisch aufgeladen, einerseits weil sie die anderen beiden Unterscheidungen schluckt: Rückständig beinhaltet arm und wird mit Kleinstädten und oft mit China assoziiert. Modern beinhaltet reich, und wird immer mit Großstädten, oft zugleich auch mit »dem Westen« assoziiert. Dabei basieren die von Studierenden immer wieder postulierten Ähnlichkeiten zwischen reich-westlich-Großstadt und arm-chinesisch-Kleinstadt (oder Land) in vielen Erzählungen auf der grundlegenderen Klassifizierung als modern oder rückständig. Zum anderen ist dies die einzige Unterscheidung, die von Studierenden in Interviews teilweise dekonstruiert wird – und zwar durch die (politisch korrekte) Idee der »Tradition«, die zwar nicht modern, aber auch nicht rückständig ist, sondern als ein alter aber immer noch wertschätzender Aspekt des Chinesisch-Seins dargestellt wird.

Die Klassifikation und Purifizierung von Konsumpraktiken anhand dieser Kategorien hat vor allem zwei Auswirkungen: Erstens verdeckt sie den multiplen Charakter der Konsumpraktiken. Im Alltag nebeneinander und miteinander verflochtene Konsumpraktiken können als separate, eindeutig trennbare Entitäten thematisiert und sogar eindeutig identifizierbaren Gruppen zugeordnet werden. Reiche gehen (angeblich) in Shoppingmalls, die teilweise als »westlich«, aber immer als »modern« beschrieben werden. Arme gehen (angeblich) zu Marktständen, die immer als »chinesisch« und oft als

»rückständig« beschrieben werden. Hier kann anhand stereotyper, oft orientalistischer Kategorien eine Ordnung unterstellt werden, die so in den tatsächlichen Praktiken nicht existiert – dies ist gerade deshalb herausfordernd für die Soziologie, weil zumindest zwei Elemente dieser stereotypen Redeweisen, nämlich die Idee des »Modernen« und die Idee des »Westlichen«, auch in der Soziologie zentrale Begriffe darstellen.

Ein zweiter Effekt ist der, dass potentiell als »rückständig« klassifizierbare Praktiken und Orte, etwa Marktstände, besonders »verletzlich« werden. Die Frage, ob lokale staatliche Instanzen versuchen, Marktstände etwa durch Rückgriff auf die Polizei aus Städten zu entfernen, hängt in starkem Ausmaß damit zusammen, ob diese Marktstände als »rückständig« klassifiziert werden. Das bedeutet zwar nicht, dass Marktstände zwangsläufig marginalisiert werden. Im Gegenteil können sie als chinesische Traditionen wertgeschätzt werden. Doch selbst wenn ein Diskurs der »Tradition« die Marktstände heute rettet, können sie morgen schon wieder als »rückständig« bezeichnet werden.

Um diese Sprechweisen zu verstehen und in Kontrast zu solchen Theorien, die Modernisierung als analytischen Begriff verwenden, zu beschreiben, habe ich den Begriff der »kolonialen Zeitlichkeit« in Anlehnung an Wilk (1994) entwickelt: Chinesische Konsumdiskurse unterstellen demnach einen universellen Fortschritt hin zu einem normativ aufgeladenen, von allen Aspekten des »unmodernen« bereinigten Bild der Moderne, und fassen Abweichungen von dieser idealisierten Moderne als Rückständigkeit auf. Weil alles, was zum »rückständigen« China gehört, in einem vollständig »modernem« China verschwunden sein sollte, muss das Rückständige im Rückschluss zum Verschwinden gebracht werden. Damit werden nicht nur die Multiplizitäten chinesischer Konsumpraktiken verdeckt und zu Zeichen unvollständiger Modernisierung erklärt, sondern es wird insgesamt die Möglichkeit negiert, sich für eine andere als die idealisiert gedachte Moderne zu entscheiden.⁴ Das Konzept der kolonialen Zeitlichkeit, mit dem ich solche Diskurse analytisch beschreibe, stellt dabei nicht nur eine Kritik an den Konsumdiskursen in China dar, sondern ist implizit auch eine Kritik an jenen Formen soziologischer historischer Reflexion, die auf linearen Fortschritts- und Diffusionserzählungen oder auf einer Binarisierung und Trennung von Tradition/Moderne oder chinesisch/westlich basiert (Meinhof 2018a: 336 ff.). Damit ist aber nicht jede Form historischer Reflektion in der Kritik, sondern

⁴ Dies wirft natürlich wiederum die brisante Frage auf, wessen Vorstellung von Moderne hier als *die* Moderne etabliert wird (vgl. auch Meinhof 2018c).

nur eine spezifische Form der Fortschrittserzählung. Ich habe seit der Fertigstellung meiner Arbeit bereits weitere Überlegungen zu historischer Genese (Meinhof 2017) und politischer Überzeugungskraft (Meinhof 2018c) dieser Vorstellungen von Zeitlichkeit in China angestellt.

Diese Diskurse kolonialer Zeitlichkeit halten Studierende freilich nicht davon ab, die vermeintlich »rückständigen« Straßenstände ständig zu besuchen. Vor allem in Zibo gingen viele Studierende täglich zu Straßenständen. In Nanjing beschwerten sich Studierende, dass viele Straßenstände nicht bequem zu Fuß von der Uni aus erreichbar waren. Alle Studierenden zeigten sich fröhlich und interessiert, wenn sie Straßenstände besuchten – und doch erzählten sie mir an anderen Tagen, wenn wir fernab von Straßenständen in einem Café saßen und Interviews führten oft, dass Straßenstände in modernen Städten verschwunden seien. Meine Erklärung dafür ist, dass sich Einkaufspraktiken am Marktstand und Sprechpraktiken in Interviews mit Ausländern an unterschiedlichen situativen Problemen orientieren. Einkaufen orientiert sich je nach Ort an Problemen von Geschmack oder von Qualität und Preis. Das Sprechen über Einkaufen orientiert sich aber eher am Diskurs kolonialer Zeitlichkeit.

Fazit

Die Arbeit zeichnet das Bild einer Welt, in der ein ständiges Zusammenspiel von situativen Vereindeutigungen (etwa in einzelnen Mikrodispositiven oder durch Sprechen über Modernität) und nicht mehr vereindeutigbaren Multiplizitäten stattfindet. Viele der spezifischen Handlungsprobleme, die sich aus Sicht chinesischer Konsument*innen ergeben, hängen dabei nicht (nur) mit der Vielfalt an Entscheidungen und Risiken, sondern mit der Vielfalt, Entscheidungsweisen und Arten von Unsicherheiten zusammen. Hier zeigt sich ein Muster, das auch sonst mein Bild des Lebens in China widerspiegelt: Der Staat redet autoritär, teilweise sogar totalitär, doch auf der Ebene des Alltagslebens gibt es für alle irgendwie »einen Weg«.

Der Begriff der Multiplizitäten soll genau dieses Spannungsverhältnis beschreibbar machen. Er soll als konzeptuelle Alternative zur Idee eindeutiger Grundstrukturen oder eindeutiger Trends dienen, und es damit ermöglichen, Vereindeutigung als Machtstrategie zu analysieren. Damit soll zugleich die Frage, ob eine Pluralisierung oder Standardisierung des Konsums statt-

findet, zu Gunsten der Frage aufgegeben werden, welche Arten von Pluralität und Standardisierung in welchen Kontexten jeweils auf welche Weise hervorgebracht werden.

»Shopping in China« lässt sich damit auch als Plädoyer dafür lesen, die analytische Vereindeutigung von beobachteten Alltagspraktiken zurückzuführen zu Gunsten einer Analyse der Vereindeutigungs- und Klassifizierungspraktiken im Feld – eine analytische Haltung, die etwa in Postcolonial Studies und Gender Studies bereits seit langem erfolgreich genutzt wird. Die Arbeit sollte damit relevant sein nicht nur für Soziolog*innen, die sich für Alltagspraktiken in China und Konsum in China interessieren, sondern auch in einem erweiterten Sinne für Forscher*innen, die an der Frage interessiert sind, auf welche Weise sich Praktiken der Subjektivierung empirisch analysieren lassen, und insbesondere wie dabei mit Uneindeutigkeiten und Vereindeutigungen – insbesondere mit Auswirkungen kolonialer Zeitlichkeit – umgegangen werden kann.

Literatur

- Bührmann, A.D., Schneider, W. 2008: Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse. Bielefeld: Transcript.
- Chakrabarty, D. 1992: Postcoloniality and the Artifice of History: Who Speaks for »Indian« Pasts? Representations, 37. Jg., 1–26.
- Deleuze, G. 1996: Lust und Begehren. Berlin: Merve-Verlag
- Deleuze, G., Guattari, F. 2015: A thousand plateaus. London: Bloomsbury Academic.
- Escobar, A. 1995: Encountering development. The making and unmaking of the Third World. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Koselleck, R. (Hg.). 2004: Futures past. On the semantics of historical time. New York, NY: Columbia University Press.
- Latour, B. 1993: We have never been modern. Cambridge Mass.: Harvard University Press.
- Meinhof, M. 2017: Colonial Temporality and Chinese National Modernization Discourses. Interdisciplines, 8. Jg., Heft 1, 51–80.
- Meinhof, M. 2018a: Shopping in China. Dispositive konsumistischer Subjektivierung im Alltagsleben chinesischer Studierender. Wiesbaden: Springer VS.
- Meinhof, M. 2018b: Geplante Pluralisierung – Konsum, Sozialwissenschaft und die Erschaffung einer modernen Bevölkerung in China. In B. Alpermann, B. Herrmann, E. Wieland (Hg.), Aspekte des sozialen Wandels in China. Familie, Bildung, Arbeit, Identität. Wiesbaden: Springer VS, 325–353.
- Meinhof, M. 2018c: Contesting Chinese modernity? Postcoloniality and discourses on modernisation at a Chinese university campus. Postcolonial Studies, 1–16.

- Miller, P., Rose, N. 1997: Mobilizing the Consumer. Assembling the Subject of Consumption. *Theory, Culture and Society*, 14. Jg., Heft 1, 1–36.
- Reckwitz, A. 2006: Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms. Weilerswist: Velbrück.
- Reckwitz, A. 2008: *Subjekt*. Bielefeld: Transcript.
- Rofel, L. 1999: *Other modernities. Gendered yearnings in China after socialism*. Berkeley: University of California Press.
- Rössel, J., Pape, S. 2010: Lebensstile und Konsum. In J. Beckert, C. Deutschmann (Hg.), *Wirtschaftssoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 49*. 344–365.
- Schrage, D. 2009: *Die Verfügbarkeit der Dinge. Eine historische Soziologie des Konsums*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Wilk, R. 1994: Colonial Time and TV Time: Television and Temporality in Belize. *Visual Anthropology Review*, 10. Jg., Heft 1, 94–102.